# POTSDAMS ANDERE SEITEN

## LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE DEZEMBER 2021 | 17. JAHRGANG





**Der Koalitionsvertrag bringt zwar in manchen Bereichen eine nachholende Modernisierung des Landes. Aber an entscheidenden Punkten versagt die Ampel. Denn Fortschritt gibt es in der Regel nur, solange er wenig oder nichts kostet - und er Konzernen und Reichen nicht weh tut. Der nötige Politikwechsel ist so nicht zu schaffen. Gerecht geht anders. Wir haben für euch eine erste Einschätzung.** Seiten 2 und 3




### Impfpflicht - ein „PRO“ und „CONTRA“

Zur Einführung einer Impfpflicht gegen COVID-19 hier zwei Meinungen PRO und CONTRA. Außerdem veröffentlichen wir eine Auflistung aktueller Impfmöglichkeiten in unserer Stadt.

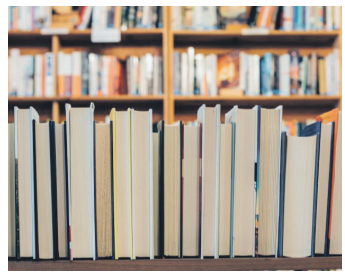
SEITE 5



### Josephinen-Wohnanlage – breite Solidarität mit den Betroffenen

Die willkürlichen Kündigungen in der Josephinen-Wohnanlage haben Solidaritätsbekundungen ausgelöst. Initiative „Burgstraße bleibt“ gegründet. Kontakte.

SEITE 7



### Buchtipps für die kalten Tage

Weihnachten ist auch Zeit für ein gutes Buch. Wir empfehlen vier Bücher, die auch auf dem Weihnachtsgabentisch einen guten Platz haben.

SEITE 8

## RATHAUS REPORT

**Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam**

### Der aktuelle „Rathausreport“ im Innenteil

Der „Rathausreport“ widmet sich den „Fragen & Antworten“, „Beschlossenem“ und „Überwiesenem“ aus der 25. Stadtverordnetenversammlung vom 1. Dezember 2021 und weiteren Problemen der Stadtpolitik.

SEITEN I – IV

# Bei gelb kannst du gehen, der Rest bleibt stehen

Das Verhandlungsgeschick der Liberalen, die Grundwerte der SPD, der Elan der Grünen. Auf den ersten Blick könnte sich da wirklich etwas bewegen mit der sogenannten Ampelkoalition.

Doch das Bild einer Warnblinkanlage wäre wohl passender. Denn alles, was da durchscheint ist tiefgelbe Politik. Wie weit weg von den Wahlversprechen dieser Koalitionsvertrag zu verorten ist, illustriert eine Entscheidung ganz besonders: Die Anschaffung bewaffneter Drohnen. Waren vor der Wahl sowohl SPD als auch Grüne dagegen und die FDP ohne Haltung, blieb den Verhandlungsführenden anscheinend keine andere Wahl, um die in sie gesetzten Hoffnungen verlässlich zu enttäuschen. Und so steht zu befürchten, dass das Lindnersche Pokern eher um grünen Opportunismus und sozialdemokratisches Blendwerk ergänzt wird. Aber das sind immerhin Dinge, von denen sie etwas verstehen.

*Steffen Lehnert*







**Jetzt Mitglied werden!**

https://www.die-linke.de/mitgliedwerden/

**Eine lebendige Partei braucht kreative Mitglieder!**

POLITISIERE DICH UND WERD MITGLIED!

## Impressum

**HERAUSGEBER**
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
**REDAKTION**
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Roland Gehrmann, Sascha Krämer
**AUTOR:INNEN**
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion

**LAYOUT**
Sophie Sumburane
**TELEFON der Redaktion**
0176 / 327 93 65 9
**E-MAIL**
info@medienpunktpotsdam.de
**BANKVERBINDUNG**
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
**BILDAUTOR:INNEN**
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
**DRUCK**
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

# Das Ampelprogramm - halbierter Fortschritt



Der Koalitionsvertrag bringt eine nachholende Modernisierung des Landes. Aber an entscheidenden Punkten versagt die Ampel: Fortschritt gibt es vor allem, solange er wenig kostet - und Konzernen und Reichen nicht weh tut. Der nötige Politikwechsel ist so nicht zu schaffen.

**Mehr Fortschritt wagen?**

Die neue Koalition geizt nicht mit großen Worten: „Mehr Fortschritt wagen“ ist die Überschrift des Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und FDP. Ganz unbescheiden stellt sich Kanzlerkandidat Olaf Scholz damit in die Tradition von Willy Brandt. Im Vergleich zu 16 Jahren CDU-geführter Regierung gibt es tatsächlich einige Fortschritte. Sie finden sich vor allem auf gesellschaftspolitischer Ebene - und wurden von der Zivilgesellschaft (und auch der LINKEN) seit Jahren eingefordert: Eine Mehrfachstaatsangehörigkeit wird ermöglicht; Einbürgerung soll es schon nach 5 Jahren (bzw. bei „besonders guter Integration“ nach 3 Jahren) geben, ein Partizipationsgesetz soll kommen, das Wahlalter wird auf 16 Jahre abgesenkt, Cannabis-Konsum soll legalisiert werden. Der Paragraph 219a (Einschränkung der Information über Schwangerschaftsabbrüche) wird ebenso abgeschafft wie das Transsexuellengesetz, das Familien- und Abstammungsrecht wird reformiert. Auch auf bürgerrechtlicher Ebene gibt es Verbesserungen: Es soll ein Demokratiefördergesetz für die engagierte Zivilgesellschaft und eine Kennzeichnungspflicht bei der Bundespolizei geben. Nicht zuletzt werden große Ziele hinsichtlich des Klimaschutzes formuliert: Der Kohleausstieg soll „idealerweise“ bis 2030 erreicht, der Ökostromausbau beschleunigt, ein Qualifizierungsgeld für den Strukturwandel eingeführt und die E-Mobilität gefördert werden. Hier zeigt sich aber schon das zentrale Problem der Ampel - mit Reichen und Konzernen will sie sich nicht anlegen. Fast überall, wo es darauf ankäme, endlich den Markt zu regeln, hat sich die marktradikale FDP durchgesetzt.

**Gebrochene Wahlversprechen**

Die Liste gebrochener Versprechen ist lang. Verkehrswende? Faktisch abgesagt, es gibt keinen Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030, kein Ende klimaschädlicher Milliarden-Subventionen (Dienstwagenprivileg) und kein Tempolimit. Dafür übernimmt die FDP das Verkehrsministerium. Fahrpreise bei der Bahn sollen nur gesenkt werden, wenn im Haushalt Mittel gefunden werden. Alle öffentlichen Investitionen stehen unter Vorbehalt der Schulden- bzw. Investitionsbremse und eines FDP-Finanzministers. Höhere Steuern auf Vermögen sind zugleich ausgeschlossen. Sozialpolitisch hat die SPD zwar eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro durchgesetzt, aber der ist zu gering, um vor Altersarmut zu schützen. Das Rentenniveau wird stabilisiert, aber das ist längst zu niedrig. Zudem soll mit der Rente jetzt an der Börse spekuliert werden. Hartz IV wird durch größere Schonvermögen und längere Fristen abgemildert, es gibt Geld für Weiterbildung und die Sanktionen werden entschärft. Aber von einer Erhöhung der viel zu niedrigen Regelsätze ist keine Rede mehr. Die Höhe der Kindergrundsicherung ist ebenfalls unklar. Die Erfolge bei der Pflege (Personalbemessung, Gehaltslücke zwischen Altenpflege und Krankenpflege schließen) sind vor allem Ergebnis von Streiks und Druck, auch von der LINKEN. Jenseits dieser „Leuchtturmprojekte“ wird es richtig düster. Obwohl SPD und Grüne bezahlbares Wohnen zu „der sozialen Frage“ erklärt haben, gibt es keinen Mietenstopp. Die Senkung der Kappungsgrenze, der Bau von Sozialwohnungen und die Einführung einer Wohngemeinützigkeit wird die Mietenexplosion nicht stoppen. Die Profitorientierung der Krankenhäuser bleibt und eine Bürgerversicherung kommt immer noch nicht. Dafür gibt es höhere Beiträge für die Pflegeversicherung, die vom Lohn abgehen. Für die Pflegekräfte gibt es nur eine Bonuszahlung statt endlich mehr Grundgehalt. Kleine und mittlere Einkommen werden steuerlich nicht entlastet, so verstärkt sich die Ungleichheit. Befristungen werden nur symbolisch eingeschränkt, die Leiharbeit gar nicht. Die Patente auf Impfstoffe bleiben in Kraft.

Auch in der Europapolitik gibt die Ampel das große Ziel aus, einen „föderalen europäischen Bundesstaat“ zu schaffen. Aber in der Finanz- und Währungspolitik verteidigt sie den Status Quo. Zwar ist von einer Investitionsinitiative zu lesen. Doch zusätzliche Schulden sind nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Der Stabilitätspakt soll die Regel, der kreditfinanzierte Corona-Wiederaufbaufonds ein »zeitlich und in der Höhe begrenztes Instrument« bleiben.

Aufrüstung und Waffenexporte gehen mit der Ampel weiter. Die konkrete Ausgestaltung des Rüstungsexportkontrollgesetzes ist offen, sicher ist, dass die Bundeswehr Killerdrohnen bekommt. Und selbst beim Flüchtlingsschutz zeigt sich, dass die „Weltoffenheit“ der Ampel scharfe Grenzen hat: Sie kündigt eine „Rückführungsoffensive“ an, die Kooperation mit Diktatoren zur Flüchtlingsabwehr geht weiter.

Das zeigt: In den entscheidenden Konflikten hat sich die FDP gegen die Wahlversprechen von SPD und Grünen durchgesetzt. Der Fortschritt der Ampel ist halbiert und lässt die Menschen außen vor, die weniger Geld und keine starke Lobby haben. Wo Maßnahmen Geld kosten, steht ihre Finanzierung unter Vorbehalt. Da Steuererhöhungen für Reiche und Konzerne ausgeschlossen sind und alle Ausgaben vom FDP-Finanzminister überprüft werden sollen, drohen, spätestens im Fall einer Abkühlung der Konjunktur, sogar Kürzungen. Macron hat in Frankreich gezeigt, dass diese Politik ein echter Booster für die extreme Rechte ist.

*Jan Schlemermeyer*

# Marlen Block und Roland Gehrmann über Motive und Pläne des neuen Kreisvorstands



EIN GUTES TEAM: DIE NEUEN KREISVORSITZENDEN MARLEN BLOCK UND ROLAND GEHRMANN

*Liebe Marlen, lieber Roland, Ihr seid im November mit sehr guten Ergebnissen zu den Vorsitzenden der Potsdamer LINKEN gewählt worden. Was treibt euch an, in diesen nicht ganz einfachen Zeiten Verantwortung für DIE LINKE zu übernehmen?*

Marlen: Die Herausforderungen vor denen wir als LINKE und auch gesamtgesellschaftlich stehen, sind immens. Vielfach wird derzeit der gesamte politische Grundkonsens unserer Gesellschaft infrage gestellt. Ich sehe die Bedeutung, die linke Werte und Antworten in der Begleitung und Aufarbeitung der Politik vor und in der Corona Pandemie und bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen haben. So müssen wir solidarische Antworten auf den Klimawandel und die gleichzeitig immer größer werdende Abkehr vieler von demokratischen Prozessen finden. Zugleich schafft es die LINKE aber gerade nicht, geschlossen aufzutreten, glaubhaft für einen Politikwechsel zu streiten und Mehrheiten zu gewinnen. Hier sehe ich mich in der Verantwortung, mich mit meinen Ideen und meinem Optimismus einzubringen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es gerade jetzt lohnt, um eine solidarische, gerechte und demokratische Gesellschaft zu kämpfen und damit auch vermeindlich widerstreitende Interessen zu einen.

Roland: Für mich ist es die zweite Legislatur als Kreisvorsitzender in Potsdam. Viele Projekte, die ich mir schon vor zwei Jahren vorgenommen hatte, konnten durch die pandemiebedingten Einschränkungen nicht realisiert werden. DIE LINKE muss sich modernisieren, diskussionsfreudiger und angrifflustiger werden. Mir ist es wichtig, dass wir Politik zur Lösung der Probleme von heute und morgen machen! Auf viele Fragen unsere Zeit sind es linke Antworten, die Hoffnung auf eine gute Zukunft machen: gute Löhne gegen Armut, Umverteilung für einen wirksamen Sozialstaat, Klimaschutz unter Berücksichtigung sozialer Verhältnisse. Viele junge Menschen erkennen, dass die Art und Weise, wie die kapitalistische Ökonomie funktioniert, kein Zukunftsmodell ist. Gemeinsam wollen wir an wirklichen Alternativen arbeiten: solidarisch, nachhaltig, demokratisch - kurz sozialistisch!

*Habt Ihr so etwas wie Kernvorhaben?*

Roland: Die abnehmende Zustimmung der Wählerinnen und Wähler gegenüber der Partei DIE LINKE bei den vergangenen Wahlen, hat aus meiner Sicht wenig mit der Ablehnung linker Politik zutun. Es fehlte oft das Vertrauen darin, dass es DIE LINKE ist, welche die Kraft für entsprechende Reformen hat. Aufgaben gibt es nach 16 Jahren unter Angela Merkel und mit der Perspektive der Ampelkoalition genug. Hier vor Ort in Potsdam muss DIE LINKE deshalb spürbare Veränderungen durchzusetzen. Wir müssen wieder den Willen ausstrahlen, Alternativen zum Kapitalismus aufzuzeigen und auch im Kleinen durchzusetzen. Dann ist mir um die Zukunft der LINKEN nicht bange!

Marlen: Potsdam hat die besten Voraussetzungen, um zu einem linken Leuchtturm zu werden. Wir haben eine große Anzahl sehr engagierter langjähriger Genoss:innen und zugleich kommen inzwischen viele Neumitglieder dazu, die unkonventionell und im besten Sinne aktionistisch an Parteiarbeit herangehen. Wir haben eine sehr engagierte und linken Werten zugängliche Stadtgesellschaft, die bereit ist, um bezahlbare Mieten, Solidarität, Toleranz, Klimafreundlichkeit etc. zu streiten. Diese unterschiedlichen Energien zu bündeln, gemeinsam mit allen Aktionen zu planen, zu kämpfen und auch wieder Siege zu gewinnen, ist mir das größte Anliegen. Dazu wird sich Partei und Parteiarbeit auch verändern müssen, was ich als Chance und zugleich größte Herausforderung begreife. Zudem wird in diesem Zusammenhang das Gewinnen, Einbinden, und Empowern von Frauen in der Partei Kernthema sein.

*Corona hält die Welt und auch die Stadt in Atem. Wie gestaltet sich Parteiarbeit derzeit?*

Roland: Ich bin wirklich dankbar, dass die Potsdamer LINKE in der Pandemie Wissenschaftlichkeit und Vernunft zur Grundlage ihres Handelns machte und sich von Anfang an den Lügen der Rattenfänger konsequent in den Weg stellte. Verunsicherung und berechtigte Kritik an den Verhältnissen waren der Nährboden auf dem die AfD und ihre Vorfeldorganisationen ihre unsägliche, gefährliche und zutiefst verlogene Saat ausbreiten konnten. Sie wollen die Spaltung, die Ausgrenzung, den Hass und instrumentalisieren dafür alles und jeden. Sie gefährden bewusst das Leben und die Gesundheit der Menschen. DIE LINKE steht demgegenüber für Solidarität, Mitmenschlichkeit und einen wissenschaftlichen Weg heraus aus der Krise.

Marlen: Die Corona-Pandemie verändert politische Arbeit immens. Natürlich fehlt der persönliche Austausch, gemeinsame Aktionen, Debatten und Feiern. Auch die Möglichkeiten des Kontakts zur Stadtgesellschaft sind stark eingeschränkt. Andererseits zeigt die Situation gerade auch Chancen auf, Menschen über virtuelle Formate einzubinden, die vorher nicht zu erreichen waren. Die politische Arbeit wird in Teilen familienfreundlicher und einfacher. Es entsteht Raum für kreative Ideen, um Parteiarbeit und erfolgreiches politisches Wirken zu ermöglichen.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Dezember

## 25. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. Dezember 2021

## VIELFÄLTIGE DEBATTEN – AUCH IN DER PANDEMIE

*EIN JAHRESRÜCKBLICK*



DIE FRAKTION WÜNSCHT FROHE WEIHNACHTEN!

Bereits im zweiten Jahr bestimmt die Corona-Pandemie nun das Leben der Potsdamer:innen und natürlich auch die kommunalpolitische Agenda. Während aber im Jahr 2020 viele Themen tatsächlich liegenblieben oder zumindest komplett aus dem Blickfeld verschwanden, war dieses Jahr geprägt von vielfältigen, teils auch sehr heftig geführten politischen Debatten. Die Stadtverordneten sind nicht zurück im „Normalzustand“, aber sie haben eine Art „Arbeitsmodus“ mit der Pandemie gefunden.

Das städtische Klinikum und seine weitere Entwicklung war ein Schwerpunkt des Jahres. Zum Jahreswechsel lag der Abschlussbericht der Expertenkommission zu den Ursachen des Corona-Ausbruchs im vergangenen Jahr vor. Im Ergebnis wurde ein umfassender Neuaufstellungsprozess in die Wege geleitet, der mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. DIE LINKE. setzt dabei konsequent auf eine Ausrichtung des Hauses an den Bedürfnissen der Patient:innen und Mitarbeitenden. Gerade im Hinblick auf eine Entlastung des Personals bleibt noch viel zu tun. Den ebenfalls diskutierten Plänen für einen Komplett-Neubau steht die Fraktion skeptisch gegenüber.

Weitere Neubaupläne gibt es für die Stadtverwaltung, die die Grenzen ihres Campus rund um das Stadthaus längst gesprengt hat. Letzter „Aufreger“ in dieser Diskussion: ein möglicher neuer Plenarsaal für die Stadtverordneten in Nachbarschaft zum Rechenzentrum statt Garnisonkirchenschiff. Er verbindet dieses Thema dann gleich mit dem nächsten Brennpunkt der politischen Debatten. Nachdem das Landesdenkmalamt die Glockenspielkopie überraschend zum Denkmal erklärt hatte, war der Antrag auf Denkmalschutz für das Rechenzentrum folgerichtig. Diesen hat das Amt zwar abgelehnt, sich aber gleichzeitig für den dauerhaften Erhalt des Gebäudes ausgesprochen. Das wird DIE LINKE. auch in den weiteren Debatten zum Maßstab ihres Agierens machen. Weniger rosig sieht es um den Staudenhof aus. Während sich auf dem Areal der ehemaligen Fachhochschule bereits die Kräne drehen, wurde eine Bürgerbefragung zum Staudenhof von einer Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt.

Exemplarisch für die angespannte Lage auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt steht auch die Auseinandersetzung um den Erhalt der Josephinen-Wohnanlage an der Freundschaftsinsel. Hier zeigt sich, wie fatal es ist, wenn Kommunen solche Objekte veräußern und sie anschließend von gewinnorientierten Unternehmen betrieben werden. Die Fraktion wird weiter dafür kämpfen, dass die Einrichtung dauerhaft gesichert wird, auch mit Hilfe eines Rückkaufs durch die Stadt.

Krampnitz, neue Kitas und Schulen, der ÖPNV – eine Vielzahl weiterer Probleme beschäftigten die Stadtverordneten in den vergangenen Monaten. Und DIE LINKE bleibt am Ball. Bleiben Sie informiert – mit dem RATHAUSREPORT nach jeder SVV, auch im kommenden Jahr!

## Mit auf den Weg...



Nicht nur das kommunalpolitische Geschehen auch das Leben jeder und jedes Einzelnen wird seit beinahe zwei Jahren von der Pandemie bestimmt. Inzwischen belegen gesicherte Fakten, welche Auswirkungen diese Dauerbelastung haben. Unsicherheit, Sorgen vor der Zukunft und Unmut über zu zaghaftes Agieren der politisch Verantwortlichen nehmen in der Bevölkerung zu. Das soziale Gleichgewicht auch in unserer Stadt gerät zunehmend aus den Fugen. Unsere Möglichkeiten als Stadtverordnete, den Riss, der durch die Gesellschaft geht, zu kitten, sind begrenzt. Wir haben sie aber und wir nutzen sie.

Unser Augenmerk richtet sich vor allem auf die Menschen, die auch schon vor der Pandemie unter teils sozial prekären Bedingungen leben mussten und nun besonders heftig mit deren Folgen zu kämpfen haben. Die vielen guten politischen Ansätze, die es dazu bereits gibt, müssen aber in konkrete Maßnahmen münden! Ich denke dabei an den Maßnahmenplan für Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen, an den fertigzustellenden Armutsbericht, an das Integrationskonzept, aber auch an unsere Forderung, das wohnungspolitische Konzept der Stadt endlich den konkreten Erfordernissen anzupassen, damit Wohnen in Potsdam für alle bezahlbar wird. Mit der Zunahme sozialer Probleme müssen die unterstützenden Angebote neu geordnet werden. Das bedeutet zum Beispiel, sie direkt in den Stadtteilen vor ihrer Haustür anzusiedeln und in einer Hand zusammenzufassen. Das bedeutet auch, die vielfältigen Angebote der verschiedenen Träger besser zu koordinieren. Vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltssituation sind das Wege, um bedarfsgerechter und schneller auf die alten und die neuen Herausforderungen reagieren zu können. Wir werden aber auch sehr genau darauf achten, dass mit dem städtischen Haushalt 2022 gesichert wird, dass die bisher erbrachte Leistungen auch künftig erbracht werden können und das Angebot mit der Stadt mitwächst.

Wir wissen, dass der Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt einen langen Atem braucht und sind uns bewusst, dass wir auf kommunaler Ebene nicht alles Elend dieser Welt heilen können. Aber gemeinsam mit den vielen Trägern, Vereinen, Verbänden und vor allem den Menschen, die sich für ein sozial gerechteres Miteinander engagieren, werden wir uns dieser Herausforderung stellen, so wie bisher auch und jetzt erst recht!

Dr. *Sigrid Müller*
*Fraktionsvorsitzende*

## Für soziales, bezahlbares Wohnen



Seit langem hat die Linksfraktion darum gekämpft, dass bezahlbares Wohnen zu einem vorrangigen Schwerpunkt der Stadtpolitik wird. Nach vielen Vorstößen konnten wir erreichen, dass ein komplexes Wohnungspolitisches Konzept für Potsdam erarbeitet und 2015 beschlossen worden ist. Aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen und einer weiter zugespitzten Wohnungssituation beauftragte die Stadtverordnetenversammlung Anfang 2020 den Oberbürgermeister, dieses Wohnungspolitische Konzept bis zum Mai 2020 zu evaluieren und fortzuschreiben. Dieser Auftrag ist bis zum heutigen Tag nicht erfüllt worden. Nachdem sich auf Nachfrage herausgestellt hat, dass der zuständige Fachbereich personell dazu nicht in der Lage sei, forderten wir frühzeitig eine externe Bearbeitung dieses wichtigen Themas. Auch das brauchte seine Zeit. Aber Mitte Oktober 2021 sollte es dann so weit sein. Wiederum auf meine Nachfrage erfuhr ich sechs Wochen später, dass der Auftrag immer noch nicht ausgeschrieben wurde und eine weitere Woche gebraucht wird. Eine Woche später in der Plenarsitzung am 1.Dezember teilte mir die Beigeordnete Frau Meier mit, dass es sich weiter verzögert, da nunmehr der zuständige Mitarbeiter in der Vergabestelle erkrankt sei. Dabei ist schon jetzt klar, dass es nach Ausschreibung und Auftragsvergabe anderthalb Jahre dauern wird, bis in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 das Ergebnis vorliegt, das wir eigentlich schon Mitte 2020 wollten. Ich entnehme daraus, dass der Oberbürgermeister grundsätzliche Beschlüsse der Stadtverordneten und damit den deutlichen Handlungsbedarf für soziales Wohnen nicht ernst genug nimmt. Wir bleiben dran.
*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Dank an Magdolna Grasnick

Nach mehr als 30 Jahren erfolgreicher Arbeit als Potsdamer Ausländer- und Integrationsbeauftragte tritt Magdolna Grasnick im Januar 2022 ihren Ruhestand an. Eine Frau nimmt Abschied von der Stadtverwaltung, ihrer engagierten Arbeit für Chancengleicheit und Integration.

Danke liebe Magdolna, und für Deine Zukunft **alles Gute!**



# FRAGEN & ANTWORTEN

## Investitionen in den Radverkehr

Der Bund stellt den Ländern bis zum Ablauf des Jahres 2023 Finanzhilfen in Höhe von bis zu 657 Mio. Euro für Investitionen in den Radverkehr durch das Sonderprogramm „Stadt und Land“ zur Verfügung. Dieses Finanzhilfeprogramm ist Bestandteil des Klimaschutzprogrammes 2030 der Bundesregierung. Der Bund unterstützt die Länder und Gemeinden insbesondere zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums bei dem Aufbau eines sicheren, in lückenlosen Netzen geplanten und mit geringen Verlustzeiten nutzbaren Radverkehrssystems. Davon gingen bisher 30 Mio. EUR nach Brandenburg. Die Landeshauptstadt Potsdam nutzt davon aktuell 0,5 Mio. EUR. Daher hat der Stadtverordnete Sascha Krämer die Verwaltung nach zukünftigen Projekte zur Verbesserung des Fahrradnetzes in der Landeshauptstadt bei diesem Förderprogramm gefragt. Potsdams Verkehrsbeigeordneter Bernd Rubelt führt aus, dass drei Projekte zur Förderung eingereicht wurden. Der Rad- und Uferweg in der Speicherstadt an der Leipziger Straße im Bereich des Wasserwerks, eine Fahrbahnaufwertung am Kuhfortdamm zwischen Reiherbergstraße und Bahnübergang und der Geh- und Radweg zwischen Satzkorn und Fahrland. Auch wurde auf Anfrage der Fördermittelstelle eine umfangreiche Liste mit Radverkehrsmaßnahmen und deren Prioritäten eingereicht, die als Anmeldung für eine Förderung aus dem Programm dienen soll. Diese enthält u.a. die Erneuerung, den Neubau und die Beleuchtung von Radwegen, Verbreitung von Straßen für Radverkehrsanlagen auf der Fahrbahn, die Anpassung einer Kreuzung für den Radverkehr, eine grüne Welle für den Radverkehr. Dies soll in der Berichtserstattung zur Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen aufgenommen werden, die im 4. Quartal 2022 ansteht.

## Verkauf Wollestraße 52

Das Wohnhaus Wollestr. 52 ist unlängst nach einem entsprechenden Ausschreibungsverfahren durch den Sanierungsträger veräußert worden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte hierfür eine Zielstellung vorgegeben.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Stefan Wollenberg erklärte der Baubeigeordnete Bernd Rubelt, dass die in der Ausschreibung festgehaltenen Ziele zur künftigen Nutzung der Wollestr. 52 für Zwecke des Gemeinschaftswohnens in den Kaufvertrag übernommen und auch entsprechend besichert werden können. Konkrete Auskunft zu den diesbezüglichen Zielen des Erwerbers konnte er allerdings nicht geben und kündigte an, diese nachzureichen, soweit es sich nicht um geschützte Vertragsinhalte handelt. Ein Rücktritt vom Kaufinteresse der PWG sei ihm nicht bekannt, insofern sei auch keine Weitergabe des Objekts an den zweitplatzierten Bieter notwendig oder geplant.

## Quarantäne-Anordnungen des Gesundheitsamtes

Die Antwort der Beigeordneten und des Oberbürgermeisters auf die Einzelanfrage der Stadtverordneten Tina Lange zu den Quarantäne-Anordnungen (21/SVV/1271) machen deutlich, dass Eltern, deren Kinder in Quarantäne sind, auf Grund der Überlastung des Gesundheitsamtes im Zweifel das Nachsehen haben. Besteht der Arbeitgeber auf den Bescheiden über die Quarantäne oder die Kita/Schule für die Wiederaufnahme auf dem Aufhebungsbescheid und beides kommt wie häufig zu spät an, stehen Eltern im Regen - und im schlimmsten Fall sogar mit unverschuldeten Lohnausfällen für ihr Daheimbleiben da. Das kann gut 1,5 Jahre nach Ausbruch der Pandemie kein Zustand sein und entspricht einer Bankrotterklärung gegenüber dem Virus.

# Beschlossen

***Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern***

Der Landwirtschaft, gerade auf kommunalem Land, kommt eine besondere Verantwortung zu. Sie sollte, neben der Produktion von Nahrungsmitteln und der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen der Erbringung von Gemeinwohlleistungen dienen, v.a. der Humusspeicherung, dem Erhalt der Artenvielfalt, dem Schutz des Trinkwassererhalts etc.

Darum beauftragt die Fraktion DIE LINKE den Oberbürgermeister zu prüfen, wie die Verpachtung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP neu geregelt werden kann (z.B. über einen Zwischenpachtvertrag oder eine Auftragsverwaltung), mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen landwirtschaftlichen Flächen. Ziel sollte dabei die Formulierung von einfach zu vollziehenden sozial-ökologischen Kriterien sein, an deren Einhaltung die Verpächter:innen gebunden werden sollen. Dabei sollen relevante Akteur:innen einbezogen werden.

***Personalbedarfsanalyse***

In den letzten Jahren häufen sich die Beispiele dafür, dass Aufgaben in der Stadtverwaltung Potsdam, insbesondere Aufträge der Stadtverordneten, nur unzureichend oder gar nicht erfüllt werden. Das wird meistens mit einer nicht ausreichenden Personalausstattung begründet, was vor allem auf den Fachbereich Wohnen, aber z.B auch auf den Bürgerservice oder auf die Stadtplanung zutrifft. Dabei muss die Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung eigentlich eine selbstverständliche Voraussetzung für eine gut funktionierende, bürgernahe Verwaltung sein. Das macht die Linksfraktion mit einem Antrag zur Erarbeitung einer Personalbedarfsanalyse geltend. Damit soll beginnend mit dem Haushalt 2023/2024 ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den zu erledigenden Aufgaben und dem dafür notwendigen Personal aufgezeigt werden. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die geforderte Analyse ist im Juni 2022 vorzulegen.

# Überwiesen

***Potsdamer Kultursommer dauerhaft verstetigen***

Über einhundert Veranstaltungen fanden in den Sommermonaten im Potsdamer Stadtgebiet statt. Der Sommer hat den Menschen Kultur und ein Stück Normalität in schwierigen Zeiten gegeben. Es ist gelungen, die Kultur auch unter Coronabedingungen wieder sichtbarer und erlebbarer zu machen.

Der Potsdamer Kultursommer sorgte für ein vielfältiges, stadtweites und kostenfreies Programm für unterschiedliche Altersgruppen und Interessen, von dem sowohl die Kulturschaffenden als auch die Menschen, die in den Genuss der Kultur kamen, profitierten.

Der Potsdamer Kultursommer entstand in Kooperation mit dem Netzwerk KulturMachtPotsdam. Beteiligt waren zudem Nachbarschafts- und Begegnungshäuser sowie Vereine, Wohnungsbaugesellschaften und Kirchengemeinden. Dies sollte beibehalten werden.

Die gewonnenen Erfahrungen sollen genutzt werden, um den Kultursommer dauerhaft zu verstetigen, denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Daher hat die LINKE die Kulturverwaltung beauftragt, die Erfahrungen, die gemacht wurden, gemeinsam mit den Kulturschaffenden auszuwerten und diese in ein Konzept zu bündeln, um den Kultursommer dauerhaft zu verstetigen. Die finanziellen Auswirkungen sollen im Konzept dargestellt werden, damit sie im Doppelhaushalt 2022/2023 berücksichtigt werden können. Der Antrag wurde in den Kulturausschuss überwiesen.

***Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche***

Die LINKE beantragte, dass im Zuge des Diskussionsprozesses um die künftige Gestaltung an der Plantage (Garnisonkirche und Rechenzentrum) ist im Rahmen des 4-Phasen-Prozesses Plantage eine breite Einbeziehung der Potsdamerinnen und Potsdamer in Form einer Bürgerbefragung zu sichern.

Mit Aufnahme des Diskussionsprozesses um die künftige Gestaltung der Fläche des ehemaligen Kirchenschiffs der Garnisonkirche und den Erhalt des Rechenzentrums ist von vornherein die Option einer Bürgerbefragung in Erwägung gezogen worden. Jetzt ist es an der Zeit, dazu eine Entscheidung zu treffen. Für das weitere Vorgehen in dieser sensiblen Frage der Stadtentwicklung ist ein repräsentatives Meinungsbild der Potsdamerinnen und Potsdamer ein wichtiger Faktor. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.



***„Potsdam Bonus“ beschlossen***

Der sogenannte „Potsdam Bonus“ wird ab Januar 2022 mit einer Pilotphase stufenweise eingeführt. Das haben die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 1. Dezember 2021 beschlossen. Dazu wird zunächst eine entsprechende Vermietungsrichtlinie mit Vergabekriterien für nicht belegungsgebundene Wohnungen der Pro-Potsdam erprobt.

Berücksichtigt werden sollen unter anderem der Ortsbezug bzw. die Arbeits- oder Ausbildungsstätte, aber auch soziodemografische Kriterien wie Einkommen und Haushaltsgröße. Die Pilotphase soll von Januar 2022 bis September 2022 andauern. Im dritten Quartal 2022 erfolgt eine Auswertung über die praktischen Erfahrungen und eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen.

In einem nächsten Schritt möchte die Stadtverwaltung weitere lokale Wohnungsanbieter für die Einführung des „Potsdam Bonus“ gewinnen. Zudem soll geprüft werden, wie die Kriterien bei genossenschaftlichem und privatem Wohnungs- und Eigenheimbau in Potsdam auf kommunalen Grundstücken angewendet werden können.

Ziele der Vermietungsrichtlinie sind die Sicherung eines funktionsfähigen örtlichen Wohnungsmarktes sowie die Vermeidung von unnötigem Pendelverkehr und damit verbundenen Umweltbelastungen durch Bevorzugung von Mieterinnen und Mietern, die ansonsten nach Potsdam zur Arbeit oder zum Studium pendeln. Auch soll die Arbeit in Berufen der Daseinsvorsoge oder das dauerhafte ehrenamtliche Engagement, beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei der Wohnungssuche honoriert werden. Das Vergabesystem soll den Anforderungen des Europarechts (Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit aller europäischen Bürgerinnen und Bürger) genügen.

# Bürgerbefragung auf Abstellgleis



HANS-JÜRGEN SCHARFENBERG VOR DER BAUSTELLE DER GARNISONKIRCHE

Mit einem Antrag fordert die Linksfraktion eine Bürgerbefragung zum weiteren Vorgehen bei Garnisonkirche und Rechenzentrum, um eine breite Bürgerbeteiligung bei diesem lange umstrittenen Thema der Stadtentwicklung zu sichern. Zum Zeitpunkt und zur konkreten Fragestellung soll der Oberbürgermeister im Januar 2022 einen Vorschlag vorlegen. Er ist bestens geeignet, einen solchen Vorschlag zu erarbeiten, da er im Rahmen der Phase 2 des so genannten 4-Phasen-Prozesses als der Vertreter der Stadt die Gespräche mit der Stiftung Garnisonkirche und den Vertretern des Rechenzentrums führt. Im Ergebnis dieser Gespräche will der Oberbürgermeister am 8.Dezember einen Vorschlag zur inhaltlichen Ausrichtung dieses Areals an der Plantage vorlegen. Leider wurde unser Antrag zur Bürgerbefragung auf Initiative der SPD in den Hauptausschuss überwiesen und die Entscheidung, ob überhaupt eine Bürgerbefragung durchgeführt wird, offengehalten. Es lässt sich eben leicht über Bürgerbeteiligung philosophieren. Aber wenn es ernst wird, scheiden sich die Geister.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

**Termin für telefonische Bürgersprechstunde September**

Dr. Sigrid Müller
11. Januar 2022
10 bis 12 Uhr
TEL.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Mittwoch, 15.12.2021
15.00 – 17.00 Uhr

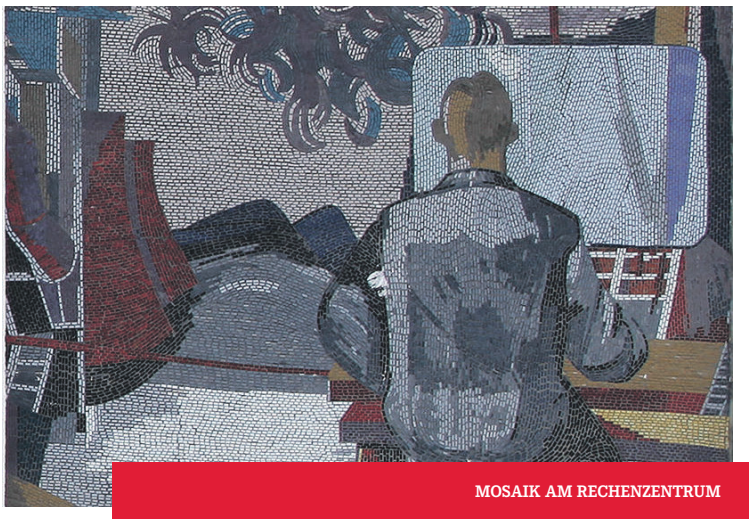
Mittwoch, 12.01.2022
15.00 – 17.00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25

**Fraktionssitzung**

03.01.
10.01.
17.01.
und 24.1.2022
jeweils 18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81

**Mail**
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

**Nächste SVV**
26. Januar 2022
15.00 Uhr
Metropolis Halle



MOSAIK AM RECHENZENTRUM


## IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg




# „Pro & Contra“ allgemeine Impfpflicht

**FÜR DIE IMPFPFLICHT**

Verzweifelte Pflegekräfte auf überfüllten Intensivstationen, lange Schlangen vor den Impfstationen, steigende Infektionszahlen, geschlossene Weihnachtsmärkte. Seit nun zwei Jahren hält Corona die Welt in Atem. Es wird endlich Zeit, diese Misere zu beenden! Die Forschung zeigt: 85-90% der deutschen Bevölkerung müssen geimpft sein, bis wir Herdenimmunität erreichen. Fakt ist: An diesen Zahlen sind wir noch nicht einmal ansatzweise dran. Bisher sind erst ca. 69% geimpft. Die Zahlen variieren von Bundesland zu Bundesland, das rot-grün-rote Bundesland Bremen ist derweil Vorreiter mit einer Impfquote von 80%. Obwohl es im Sommer und Herbst die Angebote gab, haben sich nicht genügend Menschen impfen lassen. Das kann diverse Gründe haben, jedenfalls wurde die benötigte Zahl nicht erreicht. Nun stellt sich die Frage: Wie erreichen wir diese Zahl? Denn nur mit Erreichen der Herdenimmunität werden wir die Pandemie besiegen können. Die Antwort: Eine Impfpflicht. Doch die Pandemie wird sich nicht allein in Deutschland aufhalten lassen. Wenn wir die Pandemie beenden wollen, muss die ganze Welt geimpft werden. Dies wird nur möglich sein, wenn so viel Impfstoff produziert wird, dass jeder und jede ein Impfangebot erhalten kann. Dafür müssen aber die Patente für die Impfung aufgehoben werden, denn nur so wird es die Möglichkeit zur Massenproduktion der Impfstoffe geben. Nur so werden wir verhindern können, dass Mutante um Mutante die Welt im Schach hält.

**GEGEN DIE IMPFPFLICHT**

Was bringt die Impfpflicht wirklich? Und wie wird sie dann umgesetzt? Viele Fragen bleiben bei einer Impfpflicht offen.

Es sollte hervorgehoben werden, dass die Impfung nur eine von vielen, wenngleich die effektivste Maßnahme gegen die Verbreitung des Corona-Viruses ist. Jedoch ist eine Impfpflicht nicht das Allheilmittel wie es von manchen Politiker:innen angepriesen wird. Im Gegenteil: Hier werden falsche Erwartungen geweckt. Auch mit einer heute eintretenden Impflicht gilt der Winter als verloren. Dies liegt zum einen daran, dass die Wirkung der Impfung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Zum anderen ist fraglich, wie die Bundesregierung ein solches Vorhaben managen will. Anders als bei den bisher bestehenden Impfpflicht, welche primär bei dem ersten Kita-oder Schulbesuch überprüft werden, gibt es bisher kein gleichwertiges Verfahren, um die Impfung bei Volljährigen zu kontrollieren und dem Staat zu melden. Diese Lücke im System lässt weiter Tür und Tor für gefälschte Impfpässe offen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass andere Ansätze wie z.B. Impf-Prämien und eine nachhaltige Aufklärung vielversprechend sind. Um die Pandemie weltweit in den Griff zu bekommen, müssen außerdem die Impfstoffpatente freigegeben werden!

Vor allem aber lenkt die Impfpflicht-Debatte vom flächendeckenden Versagen der Regierungen ab und individualisiert die Krisenverantwortung weiter. Gerade das Bremer Modell zeigt, eine andere Art der Pandemiebekämpfung ist möglich!

*„Pro & Contra“ von Adnan Kadric und Leonard Ohl*

*Und wie ist Ihre Meinung? Bitte schreiben Sie uns:*

*info@medienpunktpotsdam.de*

# Impfen in der Landeshauptstadt Potsdam

Impfen mit Termin: Betriebsärzte, Facharztpraxen, Privatärzte, Hausarztpraxen sowie Kinder- und Jugendmediziner (Bitte nehmen Sie mit den jeweiligen Ärzten Kontakt auf.)

Seit dieser Woche hat das zentrale Impfzentrum in der Schinkelhalle geöffnet. Terminvergabe über potsdam.de Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KV) listet auf ihren Seiten mit Terminvergabe impfende Ärzte in Potsdam auf (www.kvbb.de). Am 10. Dezember 2021 öffnet die Metropolishalle in Potsdam-Babelsberg für Erst-, Zweit- und Boosterimpfungen.

Für alle Impfungen mit Termin gilt: Zielgruppe: Personen ab 12 Jahren. Mitzubringende Unterlagen: (jeweils wenn vorhanden) Versichertenkarte, Ausweis, Impfausweis. Impfen ohne Termin / mobile Impfangebote der Landeshauptstadt Potsdam:

10. Dezember 2021: Markt Center, EG (ggü. von cigo), Breite Straße 27, 14471 Potsdam Impfzeit: 12 bis 18 Uhr. Impfstoff: BioNTech und Moderna (Erst-, Zweit-, und Drittimpfungen möglich), Johnson & Johnson 11. Dezember 2021: Markt Center, EG (ggü. von cigo), Breite Straße 27, 14471 Potsdam

Impfzeit: 11 bis 17 Uhr. Impfstoff: BioNTech und Moderna (Erst-, Zweit-, und Drittimpfungen möglich), Johnson & Johnson

Weitere Impfangebote ohne Terminvergabe anderer Anbieter Mobile Impfaktionen im gesamten Land Brandenburg sind hier zu finden (brandenburg-impft.de).

Fachärztinnen und Fachärzte der KV Brandenburg impfen am Samstag 11. und 18. Dezember 2021 sowie 15. und 22. Januar 2022 jeweils von 9 Uhr bis 12 Uhr im Ärztehaus, Schopenhauer Straße 35,14467 Potsdam




# Solidarität kennt keine Grenzen!

Die Lage an der Polnisch-Belarusischen Grenze ist schrecklich. Berichten von medico international zufolge harren zahlreiche Menschen auf der Flucht in Militärzonen aus. Sobald es ihnen gelingt die polnische Grenze zu überqueren, werden sie Opfer illegaler Pushbacks, selbst wenn sie einen Asylantrag stellen. Zugleich erfahren sie massive Gewalt durch polnische und belarussiche Sicherheitskräfte, leiden Hunger und sind der Gefahr des Erfrierungstodes ausgesetzt. Währenddessen befördern die EU sowie Deutschland einen menschenfeindlichen Diskurs, der geflüchtete Menschen als Gefahr darstellt, gegen welche die Festung Europas weiter aufgerüstet werden müsse. In Guben an der deutsch-polnischen Grenze rief unlängst der Dritte Weg zur Menschenjagd auf Geflüchtete auf. Am 12.11. habe ich zusammen mit Genoss:innen aus Sachsen entlang der Grenze zu Polen zu einer Solidaritätsaktion aufgerufen. Mit Heißgetränken und Infofylern haben wir uns an die Zivilgesellschaft gewandt und dazu aufgerufen, sich jetzt in örtliche Unterstützungsstrukturen einzubringen, Geld und Kleidung zu spenden und sich im eigenen Umfeld gegen Rassismus und für eine humane Asylpolitik stark zu machen. Wer durch Europa flieht, muss sicher ankommen können und darf nicht an einer Mauer gestoppt werden. Eine gemeinsame Asylpolitik, ein faires, gemeinsames Asylrecht gibt es nicht in Europa. Es heißt nun endlich, Verantwortung zu übernehmen und einen humanitären Korridor von Belarus durch Polen nach Deutschland zu schaffen. Menschenrechte müssen Maßstab politischen Handelns sein. Wir brauchen sichere Fluchtwege - nach Europa, durch Europa.

*Isabelle Vandre (MdL)*

# Legalisierung bald? Entkriminalisierung jetzt !!



Die Repressionspolitik in Bezug auf Cannabis als Genussmittel ist nicht nur in Deutschland gescheitert. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland regelmäßig Cannabis. Cannabis ist damit als Genussmittel in der Mitte der Gesellschaft angekommen, trotz oder wegen des repressiven Umgangs und strafrechtlicher Sanktionen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse belegen inzwischen, dass Cannabis weder eine Einstiegsdroge, noch so gefährlich wie andere Drogen, etwa Alkohol, ist. Das hat auch die Ampelkoalition erkannt und sich in ihrem Koalitionsvertrag zu einer Legalisierung durch kontrollierte Abgabe an Erwachsene bekannt. Die genaue Ausgestaltung und der Zeitplan sind jedoch noch völlig offen. Aus linker Sicht muss auf eine Legalisierung des Anbaus zum Eigenkonsum und sog. „social clubs“ gedrängt werden, damit nicht nur vorrangig wirtschaftliche Interessen bedient werden. Vor allem aber muss nun sofort eine Entkriminalisierung der Konsument:innen stattfinden. Denn bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung werden Menschen für den Besitz von geringen Mengen Cannabis verfolgt und verurteilt. Auf Bundesebene muss es daher schnellstmöglich eine klarstellende Lösung im Betäubungsmittelgesetz verabschiedet werden. Bis dahin aber müssen die Länder zwingend von den bisher nur spärlich genutzten Einstellungsmöglichkeiten Gebrauch machen. Die CDU in Brandenburg und Ihre Justizministerin, leben jedoch weiterhin ihre (wissenschaftlich widerlegten) Vorurteile mit einem Kenntnisstand der 90 er Jahre aus und bestehen weiterhin auf einer konsequenten Verfolgung. Wir werden in der Dezember Sitzung des Landtags einen Antrag einbringen der u.a. eine zwingende Einstellung der bestehenden und kommenden Verfahren bei Kleinstmengen fordert. Dann können gerade Grüne und Sozialdemokraten zeigen, wie ernst Sie es mit dem Versprechen einer Entkriminalisierung meinen.

*Marlen Block (MdL)*



# „Burgstraße bleibt!“, der Kampf geht weiter

Wie vielfach berichtet, wurde den ca. 111 Mieter:innen der Josephinen-Wohnanlage in der Potsdamer Burgstraße das Mietverhältnis überraschend gekündigt. Was aus der Wohnanlage werden soll ist nicht bekannt. Der Stadt Potsdam war es bisher, laut Aussage der Stadtverwaltung nicht möglich, zu den Eigentümern der Anlage Kontakt zu bekommen.

Die Verbraucherzentrale, der Potsdamer Mieterverein und der Potsdamer Seniorenbeirat haben zur Unterstützung der Mieter die Initiative „Burgstraße bleibt!“ gegründet.

Viele Mieter haben nach anwaltlichem Rat oder mit Unterstützung der Verbraucherzentrale und des Mietervereins der Kündigung schon begründet widersprochen. Hierzu besteht grundsätzlich Zeit bis zwei Monate vor dem angekündigten Ende des Mietverhältnisses. Wer das noch nicht getan hat oder dabei Unterstützung benötigt, kann sich hierzu weiterhin an den Mieterverein Potsdam wenden. Weitere Beratungen des Mietervereins finden entweder im Beratungsbus der Verbraucherzentrale unmittelbar vor der Josephinen-Wohnanlage oder im



Beratungszentrum der Verbraucherzentrale direkt am Hauptbahnhof statt. Telefonisch können die Mieter hierzu einen Termin unter 0331 289-3436 erfragen und buchen.

Viele Mieter haben sich bisher nicht einschüchtern lassen. Sie berichten der Presse weiterhin offen von ihrer Lage. In vielen Beiträgen wurde durch die Medien (MAZ, PNN, ND, rbb Funk- und Fernsehen, ZDF usw.) bereits sehr kritisch und mit den Mietern solidarisch berichtet.

In diesen Tagen geht eine gemeinsame Homepage der Initiative „Burgstraße bleibt!“ im Internet online. Hier wird für alle Interessierten nicht nur die Chronologie der Geschehnisse nochmals zusammengefasst werden, sondern es wird laufend auch über Neuigkeiten berichtet, z.B. werden erste Gerichtsurteile transparent gemacht. Neben einem Dringlichkeitsantrag der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung wurde zwischenzeitlich auf change.org eine Petition zum Erhalt der Wohnanlage gestartet.

Täglich gehen beim Seniorenbeirat, dem Mieterverein und der Verbraucherzentrale, Solidaritätsbekundungen von den demokratischen Parteien, den Gewerkschaften und vielen Verbänden ein, die auch auf dieser Internetseite veröffentlicht werden sollen. Selbst vom Morgenmagazin der ARD gibt es die Ankündigung einer Reportage über die Josephinen-Wohnanlage, in der insbesondere die Betroffenen in den nächsten Wochen zu Wort kommen sollen.

So können wir die betroffenen nur ermuntern, in der Gemeinschaft miteinander weiterhin für Ihre Rechte zu kämpfen und so hoffentlich den Fortbestand Ihres Zuhauses in der Burgstraße 6a zu sichern. Die Unterstützung durch DIE LINKE ist den Betroffenen Mietern sicher.

Die Politik ist aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die eine Massenkündigung von Menschen in einer solchen Wohnanlage unmöglich machen.

Ziel muss es doch sein, dass ältere Menschen ihre letzte Lebensphase in einer gesicherten Umgebung verleben können, in Würde, ohne Angst vor Profitgier und drohender Wohnungslosigkeit.

*Redaktion*

# Scherbentelefon in Potsdam



GLASSCHERBEN
FOTO: IMAGO / GOTTFRIED CZEPLUCH

Scherben auf dem Radweg. Der Alptraum jedes Radfahrers. Wenn dann noch mehrere Flaschen auf der täglichen Route zerdeppert sind, ist es jedes mal ein Ritt auf Messers Schneide. Platten oder nicht? Wer wie in Potsdam dann das Scherbentelefon anrufen kann, kann sich glücklich schätzen: Innerhalb von wenigen Stunden wird das Ärgernis beseitigt. Das Potsdamer Scherben-Telefon: 0331 - 289 4000

# Semesterticket in Gefahr

Bereits seit anderthalb Jahren verhandeln die Brandenburger Studierendenschaften mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg über die Fortführung des Semestertickes an den Hochschulen - bislang leider ohne Erfolg. Der VBB will bei den Potsdamer Studierendenschaften über zwei Jahre um ca. 30 % erhöhen (von aktuell 188,16 € auf 243 €).

Die Studis bestehen darauf, dass der Ticketpreis in der Pandemiezeit nicht erhöht werden darf. Für alle anderen Ticketangebote hatte der Aufsichtsrat des VBB das sogar beschlossen - das Semesterticket aber ausgenommen. Nun will der VBB immerhin ein neues Angebot machen.




STUDENT:INNEN DEMONSTRIEREN IN POTSDAM

# Wir wünschen allen unseren Leser:innen frohe Festtage und ein gutes 2021!



## Unsere Buchempfehlungen




*Was gibt es für ein schöneres Geschenk als ein gutes Buch? Auf dieser Seite haben wir vier Empfehlungen zusammengestellt. Und noch ein Tipp: Beim Kauf seid ihr am besten im lokalen Buchhandel bedient. Echtes Schmökern und eine eingehende Beratung können Internetriesen nicht bieten. Auch in punkto Schnelligkeit steht der klassische Buchhandel in nichts nach. So sind Bestellungen meist am nächsten Tag im Laden. Egal ob bei Wist, im Buchladen Sputnik, im Viktoriagarten, beim Internationalen Buch, ob in der Bornstedter Büchergrube oder die Babelsberger Läden Kalus und Script. Unsere Stadt hat so schöne Schmökerstuben, die jeden Besuch wert sind.*

**„Uns haben sie vergessen: Die werktätige Klasse, die Pflege und die Krise, die kommt“ – Peter Mertens**

Pflegekräfte, die weit über die Grenzen der eigenen Erschöpfung arbeiten. Saisonarbeiter:innen, die sich in den Fleischfabriken von Tönnies zu Hunderten mit Corona infizieren. Haushaltshilfen, die auf dem Höhepunkt der Coronawelle weiterarbeiten sollen, während alle anderen ins Homeoffice geschickt werden. Es sind die Perspektiven jener Menschen aus denen Peter Mertens, bis vor Kurzem Vorsitzender der belgischen Partei der Arbeit (PTB/PVDA), die Corona-Pandemie betrachtet. Oft anekdotisch, aber in der Analyse schonungslos legt Mertens den Klassencharakter von Covid-19 offen. Das Buch ist im Verlag am Park für 14,00 Euro erschienen.

*Empfohlen von Konstantin Gräfe, Mitglied des Bundesvorstandes*

**„Gott wohnt im Wedding“ - Regina Scheer**

Es spricht, kommentiert und verändert sich im Laufe der Zeit - so wie seine Bewohner:innen. Im Mittelpunkt des von Regina Scheer 2019 erschienen Roman steht ein 1890 errichtetes Haus im Wedding. Das schlichte Mietshaus ist das verbinden Element ihrer Protagonisten, die sie durch die Jahrzehnte des 20. Jahrhundert begleitet und abwechselnd zu Wort kommen lässt. Dabei zeichnet die nicht nur die Verfolgung der jüdischen Familien, sowie der Sinti im Haus nach, sondern zeigt auch die Folgen der Spekulation mit Wohnraum auf das soziale Gefüge der Mieter:innen auf.

*Empfohlen von Isabelle Vandre, Landtagsabgeordnete*

**„Anouk, die nachts auf Reisen geht“**

Immer wenn es Abend wird, kann die kleine Anouk es kaum erwarten, ins Bett zu gehen. Komisch, oder? Doch was sie jede Nacht erlebt, dafür lohnt das frühe Schlafengehen. Sie reist zu den Indianern, den Piraten und den

Rittern. Bei ihren Abenteuern lernt sie Kinder aus vielen Kulturen und Zeiten kennen. Gemeinsam meistern sie voller Mut lehrreiche und spannende Herausforderungen. Unterbrochen werden ihre Reisen von ihren Eltern, die sie jeden Morgen wecken. Aber sind es wirklich nur Träume oder steckt doch viel mehr dahinter?

Solch liebevolle Bücher schreibt man, wenn man nie erwachsen werden will. „Anouk, die nachts auf Reisen geht“ ist das erste Kinderbuch der Hallenserin Hendrikje Balsmeyer, welches sie mit Unterstützung ihres Mannes Peter Maffay veröffentlichte.

*Empfohlen von Roland Gehrmann, Kreisvorsitzender*

**Erich Frey : „Ich beantrage Freispruch“. Erinnerungen des berühmten Berliner Strafverteidigers, Elsengold Verlag 2019**

Erich Frey war einer der berühmtesten Strafverteidiger im Berlin der 1920 er Jahre. Jüdischer Herkunft, emigrierte er 1933 nach Chile, und ließ 1959 in seinen Erinnerungen die Zeit der Weimarer Republik lebendig werden. In den Psychogrammen seiner Mandanten zeigen sich die Folgen des ersten Weltkriegs ebenso wie die Abseiten der „goldenen“ 20er Jahre und das Elend derer, die so wie heute am Rande dieser Gesellschaft standen. Er zeigt anhand seiner Fälle die Bedeutung, die moralischen und kriminalpolitischen Fragen der Strafverteidigung auf.

Spannend wie ein Krimi, doch Frey ist mitfühlend, ironisch und mit Witz und zeigt selbst bei den spektakulärsten Fällen etwa u.a. Serienmörder Haarmann immer den Straftäter als Menschen. Das Buch ist zugleich eine Gesellschaftsanalyse, die an vielen Stellen erschreckend aktuell ist. Zuletzt 1963 erschienen, gab es erst jetzt eine Neuauflage. Eine echte Entdeckung nicht nur für Freunde der Kriminalliteratur.

*Empfohlen von Marlen Block, Kreisvorsitzende*